

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung.....</b>	<b>1</b>
A.  Polizeibeamte im Fokus allgegenwärtiger Kameras.....	1
B.  Gang der Untersuchung.....	5
 <i>1. Kapitel</i>	
<b>Rechtliche Schranken der Veröffentlichung von     Bildaufnahmen von Polizeibeamten nach dem KunstUrhG     unter Berücksichtigung der DS-GVO</b>	<b>7</b>
A.  Normative Ausgangslage .....	7
B.  Rechtliche Einordnung von Bildaufnahmen von Polizeibeamten aus der Perspektive der DS-GVO .....	10
I.  Abgrenzung zur Datenschutz-Richtlinie für Polizei und Justiz.....	11
II. Zum Anwendungsbereich der DS-GVO .....	12
1. Einbeziehung von Polizeibeamten in den Regelungsbereich der DS-GVO?.....	12
2. Veröffentlichung von Polizeieinsätzen als Datenverarbeitung.....	14
III. Ausnahmen von den Vorgaben der DS-GVO.....	15
1. Journalistische Zwecke nach Art. 85 Abs. 2 DS-GVO .....	15
2. Nichtjournalistische Zwecke.....	18
a) Haushaltsausnahme.....	18
b) Der Streit um die systematische Einordnung von Art. 85 Abs. 1 DS-GVO.....	19
IV. Zwischenergebnis.....	20
C.  Der Verbotstatbestand des § 22 KunstUrhG.....	20
I.  Bildnisbegriff .....	21
II. Nur Verbreitung und Zurschaustellung erfasst.....	25
1. Verbreiten nach § 22 KunstUrhG .....	25
2. Öffentliches zur Schau stellen nach § 22 KunstUrhG .....	26
3. Kein bloßes Herstellen von Aufnahmen.....	27

D. Grenzen des Schutzes vor der Verbreitung von Aufnahmen von Polizeibeamten .....	29
I. Das Nichtvorliegen einer Einwilligung .....	29
II. Die Veröffentlichungsbefugnis nach § 23 Abs. 1 KunstUrhG .....	31
1. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte, § 23 Abs. 1 Nr. 1 KunstUrhG .....	31
a) Das frühere Modell: Polizeibeamte als „Personen der Zeitgeschichte“ .....	32
b) Das abgestufte Schutzkonzept .....	34
c) Der Polizeieinsatz als zeitgeschichtliches Ereignis .....	36
aa) Kein zeitgeschichtliches Ereignis bei Routineeinsätzen .....	37
bb) Unzulässige Portraitaufnahmen .....	41
2. Versammlungen, Aufzüge und ähnliche Vorgänge, § 23 Abs. 1 Nr. 3 KunstUrhG .....	42
a) Polizeibeamte als Teilnehmer einer Versammlung .....	42
b) Die Abbildung geschlossener Polizeieinheiten als „ähnlicher Vorgang“ .....	44
III. Der Bildveröffentlichung entgegenstehende berechnigte Interessen der Polizeibeamten, § 23 Abs. 2 KunstUrhG .....	46
1. Bildaufnahmen von Zivilkräften .....	47
a) Ausschluss öffentlich-rechtlicher Belange der Polizeibehörden ....	48
b) Die privaten Interessen der abgebildeten Polizeibeamten .....	49
2. Prangerwirkung bei der Veröffentlichung vermeintlich pflichtwidriger Polizeieinsätze im Internet .....	50
E. Zwischenergebnis .....	52

## *2. Kapitel*

### **Polizeiliches Einschreiten anknüpfend an die Gefahr der Bildveröffentlichung 55**

A. Die allgemeinen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen präventivpolizeilichen Handelns auf der Tatbestandsebene .....	55
B. Bildaufnahmen als Gefahr für die öffentliche Sicherheit .....	56
C. Die einzelnen Elemente der polizeilichen Gefahrenprognose .....	57

D. Zur Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen Presseangehörigen und Privatpersonen.....	59
--	----

### *3. Kapitel*

## **Polizeiliche Maßnahmen gegenüber Presseangehörigen 61**

A. Die Bildberichterstattung über Polizeieinsätze.....	62
I. Historische Betrachtung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Presse.....	62
II. Die frühere Rechtsprechung – ein kurzer Abriss.....	62
III. Die Zulässigkeit der Bildberichterstattung .....	63
1. Die Funktion der Presse – zwischen Informationsauftrag und Kontrollinstanz der Polizei .....	63
2. Grundrechtlicher Schutz der Presse nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 GG .....	65
3. Eingriffe in die Pressefreiheit .....	66
B. Materielle Rechtmäßigkeit polizeilicher Maßnahmen.....	67
I. Die Anwendbarkeit des allgemeinen Polizeirechts .....	67
1. Die Polizeifestigkeit der Presse .....	67
2. Die Polizeifestigkeit des Versammlungsrechts.....	69
II. Möglichkeiten gefahrenabwehrrechtlichen Einschreitens .....	70
1. Das Anfertigen von Bildern eines Polizeieinsatzes durch Presseangehörige als konkrete Gefahr? .....	70
a) Das Presseprivileg: Die Vermutung der Rechtstreue .....	71
aa) Grundlagen.....	72
(1) Die rechtlichen Konsequenzen von Verstößen gegen das KunstUrhG.....	72
(2) Drohende Nachteile für die weitere Zusammenarbeit mit der Polizei .....	73
(3) Der redaktionelle Filter bei der Prüfung des Bildmaterials .....	74
(4) Zwischenfazit.....	74
bb) Die Regelvermutung bei Journalisten des linken oder rechten Spektrums.....	74
cc) Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Presse .....	76
(1) Presseagentur-Fotografen .....	77

(2) Berichterstattungen auf Online-Blogs .....	78
(3) Leserreporter .....	79
(4) Livestreaming von Polizeieinsätzen .....	81
dd) Feststellung der Pressezugehörigkeit von Fotografen .....	82
(1) Bedeutung des Presseausweises .....	83
(2) Presse-(ohne)Ausweis? .....	85
b) Die Vermutung der Rechtstreue als Ausgangspunkt für die polizeiliche Gefahrenprognose .....	86
c) Anknüpfungspunkte für die Begründung der Gefahr .....	87
aa) Rechtsuntreues Vorverhalten von Journalisten .....	88
bb) Das Verhalten von Pressefotografen und der Redaktion .....	89
2. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	92
a) Bemessung der Eingriffsintensität anhand des Stufenmodells .....	93
aa) Eingriffe auf der ersten Stufe .....	93
bb) Eingriffe auf der zweiten Stufe .....	94
b) Der konsensuale Weg als „Mittel erster Wahl“ .....	95
aa) Vergleichende Analyse zum versammlungsrechtlichen Kooperationsgebot .....	96
bb) Parallelen zu den „Verhaltensgrundsätzen zwischen Presse und Polizei“ .....	97
cc) Kein Verstoß gegen das Zensurverbot aus Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG .....	98
c) Folgemaßnahmen bei einer gescheiterten Verständigung .....	99
d) Von vornherein bestehende Aussichtslosigkeit einer Einigung ...	101
e) Anwendungsprobleme .....	103
C. Zwischenfazit und Ausblick .....	105

#### 4. Kapitel

### **Polizeiliche Maßnahmen gegenüber Privatpersonen 109**

A. Entwicklung und Ursachen des Fotografierens von Polizeibeamten durch Bürger – von früher bis heute .....	109
B. Pressefotografen contra Privatpersonen .....	111
C. Grundrechtlicher Schutz von Bürgern beim Anfertigen von Bildaufnahmen von Polizeibeamten .....	112

I.	Abgrenzung zur Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 GG .....	112
II.	Das Grundrecht auf Informationsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 GG .....	114
III.	Weitere Grundrechte .....	116
D.	Möglichkeiten gefahrenabwehrrechtlichen Einschreitens .....	117
I.	Die unklare Sachlage als Ausgangspunkt für die Bewertung der Gefahrenlage .....	117
II.	Maßnahmen zur Gefahraufklärung .....	118
1.	Gefahrenverdacht als Eingriffsschwelle .....	118
2.	Materielle Rechtmäßigkeit ausgewählter Maßnahmen zur Gefahrerforschung .....	120
a)	Die polizeiliche Befragung .....	120
b)	Identitätsfeststellung .....	121
c)	Keine Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei bloßem Gefahrenverdacht .....	124
d)	Zwischenfazit .....	124
3.	Die Beweislast der Polizei .....	125
4.	Vorschlag für eine Ausweitung der Befugnisse zur Identitätsfeststellung bei Gefahrenverdacht .....	126
III.	Anforderungen an die Gefahrenprognose .....	126
1.	Prognoseentscheidung .....	127
a)	Anforderungen an die hinreichende Wahrscheinlichkeit .....	127
b)	Anwendungsfälle .....	128
aa)	Anhaltspunkte für eine Veröffentlichungsabsicht („ob“) .....	129
(1)	Keine generelle Verbreitungsvermutung .....	129
(2)	Äußerungen des Betroffenen .....	132
(3)	Rechtsuntreues Vorverhalten .....	133
(4)	Politische Aktivisten .....	134
(5)	Ungeeignetheit des Ausschlussprinzips als Begründungsmodell für das Bestehen einer Gefahrenlage .....	136
bb)	Die Prognose bezüglich der Art und Weise der Veröffentlichung („wie“) .....	137
(1)	Keine Vermutung der Rechtstreue bei Privatpersonen .....	137
(2)	Vermutung der Rechtsuntreue? .....	140

2. Zwischenergebnis.....	141
IV. Materielle Rechtmäßigkeit ausgewählter Maßnahmen.....	142
1. Untersagung der Anfertigung von Bildaufnahmen.....	142
2. Identitätsfeststellung .....	143
3. Anordnung zur Löschung von Bildaufnahmen.....	144
4. Sicherstellung.....	145
V. Zwischenergebnis.....	146

## *5. Kapitel*

### **Rechtliche Schranken der Anfertigung von Bildaufnahmen von Polizeibeamten 149**

A. Sonderfall: Schutz vor der filmischen Erfassung von Polizeibeamten nach § 201 StGB?.....	150
I. Der Tatbestand des § 201 StGB.....	151
1. Schutzgegenstand – das gesprochene Wort von Polizeibeamten .....	151
2. Keine nichtöffentlichen Äußerungen bei polizeilichen Anweisungen gegenüber Bürgern.....	152
II. Zwischenergebnis.....	155
B. Schutz vor der Anfertigung von Bildaufnahmen nach § 201a StGB.....	156
I. Der Tatbestand des § 201a StGB .....	156
1. Schutzgegenstand – das Bild von Polizeibeamten.....	157
2. Bildaufnahmen von Polizeibeamten in Wohnungen und anderen geschützten Räumen nach § 201a Abs. 1 Nr. 1 StGB .....	157
3. Bildaufnahmen von Polizeibeamten in hilfloser Lage nach § 201a Abs. 1 Nr. 2 StGB .....	158
a) Der Zustand der Hilflosigkeit .....	159
b) Einschränkung des Kriteriums des „zur-Schau-stellens“ .....	160
4. Schutz des Ansehens von Polizeibeamten nach § 201a Abs. 2 StGB.....	161
a) Die Eignung eines Bildes zur Ansehensschädigung.....	162
b) Keine Einbeziehung von Bagatelldelikten .....	163
c) Ansehensverlust von Polizeibeamten durch Videos vermeintlicher Polizeigewalt?.....	164
d) Zugänglichmachen einer Bildaufnahme gegenüber Dritten .....	165

II. Zwischenergebnis.....	166
C. Schutz vor der Anfertigung von Bildaufnahmen nach der DS-GVO .....	166
I. Anwendungsbereich der DS-GVO .....	168
1. Medienprivileg nach Art. 85 Abs. 2 DS-GVO .....	168
2. Haushaltsausnahme nach Art. 2 Abs. 2 lit. c DS-GVO .....	170
II. Rechtfertigung der Bildanfertigung nach Art. 6 DS-GVO .....	172
1. Das berechtigte Interesse von Bürgern an der bildlichen Fixierung von Polizeibeamten nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO ....	172
a) Recht auf „Waffengleichheit“ beim gegenseitigen Filmen von Polizei und Bürgern?.....	174
b) Die vorbeugende Überwachung der polizeilichen Tätigkeit – Filmen mittels Smartphone als Big Brother .....	175
c) Bildaufnahmen zu Beweiszwecken .....	176
2. Die Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO.....	178
3. Zwischenergebnis.....	179
D. Schutz nach dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht .....	179
I. Der Schutz gegen die Anfertigung von Bildaufnahmen.....	180
II. Die Rechtswidrigkeit der Bildaufnahme.....	183

## *6. Kapitel*

### **Polizeiliches Einschreiten anknüpfend an die Gefahr der Bildanfertigung 185**

A. Polizeiliche Maßnahmen auf Grundlage der DS-GVO .....	185
I. Die konkrete Gefahr eines Verstoßes gegen die DS-GVO.....	186
II. Materielle Rechtmäßigkeit polizeilicher Maßnahmen.....	188
B. Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz privater Rechte .....	188
I. Die Subsidiaritätsklausel.....	189
1. Anwendbarkeit .....	190
2. Bestehen des privaten Rechts.....	191
3. Unmöglichkeit rechtzeitigen gerichtlichen Schutzes.....	192
4. Drohender Rechtsverlust.....	192
5. Zwischenergebnis.....	193

II. Materielle Rechtmäßigkeit vorläufiger polizeiliche Maßnahmen .....	193
1. Identitätsfeststellung .....	194
2. Sicherstellung.....	195
3. Vernichtung von Bildaufnahmen .....	197
4. Anordnung zur Löschung von Bildaufnahmen.....	198
C. Ausschluss fotografierter Polizeibeamter von einem Einschreiten wegen Befangenheit? .....	198
<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>203</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>211</b>